

Internationale Arbeitsteilung weiterdenken: Die Globalisierung nach Corona

Covid-19 hat die Wirtschaft weltweit erfasst. 77 Prozent der Unternehmen in Deutschland und 83 Prozent der deutschen Betriebe im Ausland erwarten infolge der Pandemie starke Umsatzverluste. Während das Virus den internationalen Geschäftsverkehr behindert, gibt es eine Reihe von Rufen nach einer stärkeren Nationalisierung der Wirtschaft. Die Corona-Krise kann so zum Beschleuniger von Trends wie Protektionismus oder der Entstehung von konkurrierenden geökonomischen Blöcken werden. Für die hochinternationalisierte deutsche Wirtschaft waren Handelshemmnisse und Zölle bereits vor der Corona-Krise Belastungen bei internationalen Geschäften. Gerade angesichts der Gefahr, dass handelsbeschränkende Maßnahmen auch nach der Pandemie bestehen bleiben, ist es wichtig, dass die EU eine Führungsrolle übernimmt. Sie kann eine Stimme dafür sein, die Krise ohne Protektionismus zu bewältigen und internationale Wertschöpfungsketten auf der Grundlage von regelbasiertem Handel zu erhalten und auszubauen.

Von der Corona-Krise zur Protektionismus-Falle

Pandemiebedingt eingeführte Handelshemmnisse beeinträchtigen nicht nur Lieferketten einzelner Unternehmen, sondern betreffen zunehmend ganze Bereiche des Welthandels. Die Covid-19-Krise droht zu einer Protektionismus-Falle zu werden. Dies beginnt bei wichtigen Arzneimitteln und Gesundheitsprodukten. Viele Staaten haben Exportverbote, beschränkungen oder -kontrollen für Schutzmasken, Beatmungsgeräte oder Desinfektionsmittel beschlossen. Bereits vor Corona klagten 50 Prozent der deutschen Unternehmen mit Auslandsgeschäft über neue Handelshemmnisse durch Zölle, Sanktionen oder andere Barrieren – ein Rekordwert. In vielen Ländern haben über die Jahre hinweg Forderungen nach Lokalisierungszwängen und Exportkontrollen zum vermeintlichen Schutz der heimischen Wirtschaft zugenommen. Das Ergebnis: Höhere Kosten, Produktionsengpässe und längere Lieferzeiten bedrohen die erfolgreiche deutsche Außenwirtschaft. Zudem nimmt die Diskussion zur wirtschaftlichen Entkopplung von China und den USA an Fahrt auf. Dies stellt globale Lieferketten vor strukturelle Probleme und rechtliche Unsicherheit.

Vielfalt ermöglichen

Lieferketten müssen funktionieren – die Krise hat es gezeigt. Denn Vorprodukte und Dienstleistungen werden grenzüberschreitend gehandelt, auch zwischen deutschen Unternehmen und ihren Niederlassungen im Ausland. Um erfolgreich und wettbewerbsfähig agieren zu können, brauchen Betriebe Zulieferer und Kunden in aller Welt. Zahlreiche Alltagsgegenstände wie Smartphones wären ohne diese globale Arbeitsteilung teurer. Globalisierung sichert Vielfalt bei Produkten und Dienstleistungen.

Resilienz statt Abschottung

Aber Globalisierung bedeutet nicht nur Wettbewerb und Produktvielfalt. Sie bedeutet auch Vielfalt von Produktionsstandorten, Lieferanten und Kunden. Sie ist damit Teil der Risikostreuung von Volkswirtschaften und erhöht die Widerstandsfähigkeit – die Resilienz – gegenüber Krisen. Änderungen von Lieferbeziehungen gehören zum unternehmerischen Alltag. Der Staat sollte dabei grundsätzlich nicht eingreifen. Vielmehr sollte er individuelle unternehmerische Entscheidungen unterstützen. Gefragt sind Maßnahmen gegen regulatorische Belastungen und der Einsatz für offene Drittmärkte. In diesem Sinne können Lieferkettenanpassungen und die Digitalisierung der Wirtschaft für Deutschland als Investitionsstandort auch eine Chance bedeuten, wenn die richtigen Anreize gesetzt werden. Grenzüberschreitende Arbeitsteilung ist und bleibt ein zentraler Bestandteil wirtschaftlicher Resilienz.

Für die deutschen und europäischen Unternehmen kommt es jetzt darauf an, die Märkte wieder zu öffnen. Wichtig dabei ist, dass die Bundesregierung und die EU international gleiche Wettbewerbsbedingungen (Level Playing Field) vorantreiben, das regelbasierte Welthandelssystem der WTO stärken und mit modernen Abkommen die Handelsbeziehungen, zum Beispiel mit den Mercosur-Staaten, weiter diversifizieren. Die erste deutsche EU-Ratspräsidentschaft seit über einem Jahrzehnt bietet hier die Gelegenheit, diese für die Wirtschaft derzeit so wichtigen Themen „offene Märkte“ und „regelbasierter Handel“ wieder voranzubringen.